

Resolution des Kreistages Ahrweiler gegen rechtsextreme Aktivitäten im Kreis Ahrweiler

Der Kreistag betrachtet die Entwicklung der rechtsextremistischen Aktivitäten und Neo-Nazi-Aufmärsche zunehmend auch in unserem und in benachbarten Landkreisen mit großer Sorge.

Diese Entwicklung sowie die am 20.11.10 in Remagen von rechtsextremen Gruppen durchgeführte Veranstaltung sind aktueller Anlass dieses Aufrufes gegen Rechtsextremismus durch den Kreistag des Landkreises Ahrweiler. Wir danken insbesondere den Menschen, die in besonnener Weise an der Mahnwache des Bündnisses Remagen für Frieden und Demokratie teilgenommen haben sowie der Polizei

und den Sicherheitskräften, deren besonnenes und konsequentes Handeln größere Gewalttätigkeiten verhindert hat.

Der Kreistag verurteilt Extremismus in jedweder Form, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus

sowie Diffamierung und Gewalt gegen ethnische, soziale, kulturelle und andere Minderheiten. Der Kreistag hält es deshalb für ein dringendes Gebot der Stunde, dass die

demokratischen Kräfte gemeinsam gegen alle Art von Gewalt vorgehen, Extremisten Einhalt gebieten und für den Schutz der Menschen in unserem Land eintreten. Der Kreistag ruft deshalb alle Bürgerinnen und Bürger im Landkreis auf, deutlich zu machen,

dass ein Klima von Ausgrenzung, Hass und Gewalt nicht geduldet wird.

Darüber hinaus ruft der Kreistag alle Bürgerinnen und Bürger im Landkreis auf, auch künftig deutlich Zivilcourage zu zeigen. Gemeinsam mit allen Bürgerinnen und Bürgern

wollen die Mitglieder des Kreistages

- sich gegen diskriminierende und rassistische Äußerungen verwahren,
- bei Übergriffen von Extremisten nicht wegsehen,
- bei extremistischen Straftaten unverzüglich die Polizei einschalten und
- aktiv gegen Ausgrenzung und für ein friedliches Zusammenleben eintreten.

Gleichzeitig bekennt sich der Kreistag zu seiner Verpflichtung

- jeder Art von extremistischen Aktivitäten im Rahmen seiner Möglichkeiten entgegenzuwirken,
- in Schulen und Jugendeinrichtungen die demokratische Entwicklung junger Menschen zu fördern und in der Auseinandersetzung mit extremistischen Aktivitäten zu stärken und ein breites gesellschaftliches Bündnis gegen Rassismus und Gewalt zu fördern und zu unterstützen. Für die Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Ahrweiler erklärt der Kreistag: Gemeinsam wollen wir die Ursachen gewalttätigen Handelns bekämpfen, tolerante und humanitäre Gesinnung sowie Zivilcourage stärken, die Haltung des „Wegsehens“ und „Weghörens“ überwinden und uns für einen breiten Konsens gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit einsetzen.

- Der Kreistag weist darauf hin, dass Initiativen und Zusammenschlüsse, die sich der gemeinsamen Arbeit gegen rechtsradikales und rechtsextremes Gedankengut verschrieben haben, finanziell im Rahmen der Förderprogramme des Landkreises Ahrweiler unterstützt werden können.

Ahrweiler, 3. Dezember 2010